

Neu erschienen

Mitteilungen

In den *Mitteilungen* der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke schreibt Ellen Brombacher gegen »gefährliche Schnittstellen« an. Die politische Rechte und die Konzernmedien schürten permanente Terrorängste in der Bevölkerung und instrumentalisierten die Flüchtlingsbewegung. Der auf dem vergangenen Parteitag beschlossene Antrag »Solidarität mit Venezuela« wird dokumentiert. Egon Krenz erinnert an den offiziellen Empfang des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, durch Bundeskanzler Helmut Kohl vor 30 Jahren. Horsta Krum diskutiert mit dem katholischen Theologen Eugen Drewermann über die Lehre Martin Luthers. (jW)

Mitteilungen, Heft 9/2017, Spendenempfehlung: 1,00 Euro. Bezug: KPF, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, E-Mail: kpf@die-linke.de

Oxi

Die Monatszeitung Wirtschaft für Gesellschaft, Oxi, bildet ein ausführliches Interview mit dem früheren Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, ab. Ziel der Gewerkschaft müsse es sein: »Freiheit in der Arbeit erkämpfen«. Deshalb greife die IG Metall die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf. Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser erklärt im Gespräch, dass sich die Ächtung von Schulden in Deutschland bis tief in das Privatleben der Bürger festgesetzt habe. Große Teile der Bevölkerung seien deshalb überzeugt klamme öffentliche Haushalte, die »schwarze Null«, sei gut für sie. Kathrin Gerlof sieht das anders und schreibt »Sparen ist Zucht, die uns als Lust verkauft wird«. (jW)

Oxi. Wirtschaft für Gesellschaft, September 2017, 24 S., 3,50 Euro, Bezug: *Oxi*, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, E-Mail: abo@oxiblog.de

BüSGM-Echo

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde macht keinen Unterschied zwischen dem SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz und Amtsinhaberin Angela Merkel (CDU): »Beide sind keine Alternativen zum Kapitalismus.« Hans Bauer kritisiert die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD), welche die Studie »Rechtsextremismus in Ostdeutschland« in Auftrag gegeben hatte, worin der DDR die Schuld am Erstarken von Neonazis zugeschrieben wurde. Angesichts der jüngst bekanntgewordenen Zustände rechten Denkens in der Bundeswehr sei es höchste Zeit geworden, öffentlich ein Gegengewicht zu schaffen, schreibt Bauer. (jW)

BüSGM-Echo, September 2017, 16 S., Bezug: BüSGM, Domnauer Str. 14, 12105 Berlin, E-Mail: buesm@online.de

<https://www.jungewelt.de/artikel/317994.neu-erschienenen.html>